

Globalisierung als Fluchtursache



Protektionismus, Subventionen und die Zerstörung nationaler Märkte

Andrea Dallek ist Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates Schleswig-Holstein. Der Artikel basiert auf Vortragsmanuskripten von Thomas Gebauer und Martin Link.

Rund 190 Millionen weltweit heimatlos Gewordener gelten den Statistikern als „ArbeitsmigrantInnen“ oder „WanderarbeiterInnen“. Wenn ihnen der Sprung nach Europa gelingt, werden sie von Politik und Medien gern als sog. „Wirtschaftsflüchtlinge“ diskreditiert. 2,8 Milliarden Menschen führen heute einen schier hoffnungslosen Überlebenskampf mit weniger als zwei Dollar am Tag.

Zwar ist die Weltwirtschaft seit 1950 um das Siebenfache angewachsen, doch sind es immer weniger Menschen, die von ihrem Ertrag profitieren. 3 Mrd. Menschen, d.h. die Hälfte der Weltbevölkerung, haben zusammen ein geringeres Einkommen als die 400 reichsten Familien. Die Folgen dieser globalisierten Ungerechtigkeit sind dramatisch:

Alle fünf Sekunden verhungert ein Kind, und das, obwohl die Welt-Landwirtschaft problemlos imstande wäre, 12 Mrd. Menschen, also annähernd das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung, zu ernähren.

Protektionismus und Subventionspolitik

Auch dies sind Folgen der unter anderem von den acht größten Industrienationen (CAN, D, F, GB, I, J, RUS, USA) zelebrierten Globalisierung. Auf dem G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm wurde in diesem Jahr wieder von der so genannten Dritten Welt die Öffnung ihrer Länder für den ungehemmten freien Markt eingefordert. Gleichzeitig protegieren die G8 jedoch die eigenen Industrien und Märkte hemmungslos mit Milliarden schweren Subventionen.

Als Teil dieser Strategie trägt die Brüssler EU-Kommission mit der fortgesetzten Zahlung von Agrarsubventionen ganz wesentlich zur Vernichtung von Lebensgrundlagen bei. 349 Mrd. Dollar haben die Industrieländer im Jahr 2005 für Produktions- und Exportsubventionen ausgegeben – ca. 1 Mrd. Dollar pro Tag. So absurd es klingt: auf den Märkten Westafrikas ist Gemüse, das in Europa gezogen wurde, um durchschnittlich ein Drittel billiger als Produkte aus heimischem Anbau. Bis zum Jahr 2025 werden zwei Drittel der afrikanischen Agrarflächen verschwunden und weitere 135 Mio. Menschen auf der Flucht – also auf der Suche nach überlebenssichernden Rahmenbedingungen – sein.

Ein Beispiel: Fisch

Noch bis Ende der 90er Jahre haben die Bewohner an den Küsten Westafrikas vor allem vom florierenden Fischfang gelebt. Mit ihren Pirogen fuhren sie täglich aufs Meer und landeten so viel Fang an, dass er nicht nur zur Ernährung der eigenen Familien reichte, sondern der Verkauf weiteren Umsatz zur Befriedigung sonstiger materieller Bedürfnisse erbrachte.

Mit dem Argument, heimische Arbeitsplätze zu sichern, subventioniert die EU ganze Flotten riesiger Fischtrawler, die seit Mitte der 90er Jahre die westafrikanischen Küsten leer fischen. Die EU subventioniert dabei die Beschaffung der Schiffe, den Treibstoff, die Löhne der Besatzungen und selbst die Lizenzen für die Fischereirechte, die sich die Reeder bei den korrupten Regierungen der Küstenanrainerstaaten gekauft haben.

Von 2000 bis 2006 sind dabei allein 4,1 Mrd. EUR an Subventionen in die vor Af-

Millionen von Menschen fliehen aus unterschiedlichen Gründen, seien es Krieg, Gewalt und politische Verfolgung, Umweltkatastrophen oder Armut.

Die Verbindung dieser unterschiedlichen Fluchtgründe liegt in der weltweiten Entwicklung einer blinden Globalisierung, die Ungleichheiten und Katastrophen nicht beseitigt, sondern verstärkt.

rikas Küsten fischenden Industrietrawler geflossen. Ein solcher Trawler fischt und verarbeitet pro Tag ca. 10 t Fisch. Allerdings wird etwa ein Drittel des Fangs als Fischkadaver wieder über Bord geworfen, weil er in Größe, Art oder Geschmack den cuisinen Moden europäischer Tafeln nicht entspricht. Millionen Fische sterben so, bevor sie laichfähig sind. Das führt dazu, dass die Bestände noch mehr als allein durch die Industriefischerei schrumpfen.

Eine andere Arbeit als die Fischerei oder die der Fischerei zuarbeitenden und jetzt mit ihr sterbenden Gewerbe gibt es aber an Senegals Küsten nicht. Die heimischen Märkte brechen zusammen. Mit dem Fehlen von Erwerbsarbeit breitet sich Armut aus.

Wo alle Welt den freien Markt propagiert, konterkarieren die EU-Subventionen schon im Keim die Chancen der Afrikaner, selbst auch nur auf dem eigenen nationalen Markt mitzuhalten.

Es ist auch eine Folge der Globalisierung, dass die „arme Welt“ weiß, wie die „reiche Welt“ lebt. Und die Menschen der armen Welten halten es indes nicht für gottgegeben, dass Europa unerreichbar

und das arme Afrika bis zum Tod ihre Heimat bleiben muss.

Also verkaufen Senegals FischerInnen ihre Pirogen an windige Geschäftemacher, die immer Konjunktur haben, wenn es den Menschen schlecht geht. Diese verkaufen ihnen für 500 bis 1.300 Euro pro Person eine Passage in eine verheißungsvolle Zukunft in einem Europa mit „goldenen Pflastern“.

Über 30.000 Personen, meist junge Männer, sind im vergangenen Jahr mit diesen Pirogen oder auf anderen Schalup-

pen von den Stränden westafrikanischer Länder bis auf die Kanarischen Inseln gelangt. Schätzungen besagen, dass ein Drittel bis die Hälfte dieser Boote, die voller NichtschwimmerInnen, i.d.R. ohne ausreichend Proviant und ohne kundige Schiffsführer aufbrechen, es nicht schaffen würden, ihr Ziel zu erreichen.

Andere Ablegerstellen von Flüchtlingsbooten liegen in anderen Herkunfts- und Fluchttransitländern, wie Albanien, Libyen, in der Türkei, in Algerien und Marokko. Ziele sind die griechische Inseln, das italienische Lampedusa, der Inselstaat Malta oder andere europäische Gestade.

Kapitalflow durch im Norden Exilierte

Die es nach Europa schaffen, finden dort i.d.R. – wenn er oder sie nicht als Asylsuchende in Deutschland durch ein filigranes System an normierten Diskriminierungen an der Integration gehindert werden – auch legal oder illegal Arbeit und Auskommen, nicht nur für sich selbst. Diejenigen, die es bis nach Europa geschafft haben, werden nicht nur von ihren Familien genau dort auch gebraucht.

Viele Herkunftsländer sind einerseits auf die Unterstützung der Exil-Arbeitskräfte angewiesen. Gleichzeitig fehlen gerade diese auch bei dem Aufbau der eigenen nationalen Ökonomie.

Zur Tilgung von Schulden brauchen sie Deviseneinnahmen, und da kommt das Geld, das die MigrantInnen nach Hause schicken, gerade recht. 2005 betrug die Summe der von den Exilierten geleisteten Rücküberweisungen gut 232 Mrd. Dollar. Davon gingen 167 Mrd. Dollar in Entwicklungsländer. Das ist deutlich mehr als die





Pirogen auf dem Gambia River (Foto: B. Karimi)

gesamte öffentliche Entwicklungshilfe aller Industrieländer zusammen, die bei ca. 100 Mrd. Dollar liegt.

Die Rücküberweisungen verschaffen den Herkunftsländern nicht nur Vorteile – sie machen sie auch politisch erpressbar. Libyen und Tunesien beispielsweise waren bei der Sitzung des Europäischen Rates in Sevilla 2002 zunächst keineswegs davon angetan, für die europäischen Länder ultimativ eingeforderte Aufgaben einer vorgelagerten Migrationskontrolle zu übernehmen. Erst die Drohung Italiens, man würde andernfalls die „illegal“ aus den betroffenen Ländern eingereisten ArbeitsmigrantInnen ausweisen, führte zur Einwilligung. In der Folge wurden und werden in Algerien, Marokko und Libyen TransitmigrantInnen – also AusländerInnen, die auf eine Chance zur Weiterreise nach Europa warten – in Razzien zusammengetrieben, ausgeraubt und in die Wüste deportiert. Das überleben Viele nicht.

Militarisierung der Flüchtlingsabwehr

Doch auch in Form offensiverer Strategien organisiert Europa die lückenlose Abschottung des Abendlandes gegen „HungerleiderInnen“ aus fast aller Welt. Allein dieses Jahr werden nicht weniger als 35 Mio. Euro in die EU-Grenzschutzagentur Frontex gesteckt – für die kommenden Jahre sind 2,1 Mrd. Euro geplant. Unter anderem wird in die zentrale Ausbildung des aus allen europäischen Ländern stammenden Personals in der Grenzschutzschule Lübeck investiert. Aber auch Schnellbootpatrouillen, Hubschrauber, schusswaffen- und NATO-Draht-bewährte Grenzsicherungen, Internierungslager, Sammelabschiebungen und mobile Ein-

satzkommandos gehören zu den Instrumenten europäischer Flüchtlingsabwehr, ebenso die Investitionen in Regime, die zur Kollaboration bereit sind.

Auch innerhalb der EU ist im Schatten der Globalisierung, die die Bewegungsfreiheit nur für Waren und Dienstleistungen, nicht aber für Personen garantiert, die Rechtswidrigkeit zur regelmäßigen flüchtlingspolitischen Praxis mutiert.

Die griechische Küstenwache wird beschuldigt, Flüchtlinge vom rettenden

Strand weg ins offene Meer getrieben zu haben. Italien hat inzwischen tausende Menschen ohne Asylprüfung nach Libyen abgeschoben und macht mit Kriminalisierungsprozessen gegen Flüchtlingsnothelfer Schlagzeilen. Spanien hat eine unbekannt große Zahl Menschen rechtswidrig in verschiedene westafrikanische Länder ausgeflogen. In den neuen Mitgliedsländern an den Ostgrenzen der EU finden laufend völkerrechtswidrige Zurückweisungen oder gar Internierung von Flüchtlingen statt.



Kleiderpuppen in Peja/Kosovo (Foto: S. Dünwald)